

Peter Borowsky

Zerstörung oder Zusammenbruch?

Das Ende der Weimarer Republik 1929–1933

aus

Peter Borowsky

Schlaglichter historischer Forschung

Studien zur deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert

Aus dem Nachlass herausgegeben von
Rainer Hering und Rainer Nicolaysen

S. 255–276



Universität Hamburg

Impressum

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Die Online-Version dieser Publikation ist auf der Verlagswebsite frei verfügbar (*open access*). Die Deutsche Bibliothek hat die Netzpublikation archiviert. Diese ist dauerhaft auf dem Archivserver Der Deutschen Bibliothek verfügbar.

Open access verfügbar über die folgenden Webseiten:

Hamburg University Press – <http://hup.rrz.uni-hamburg.de>

Archivserver Der Deutschen Bibliothek – <http://deposit.ddb.de>

ISBN: 3-937816-17-8 (Printausgabe)

© 2005 Hamburg University Press, Hamburg

Rechtsträger: Universität Hamburg, Deutschland

Produktion: Elbe-Werkstätten GmbH, Hamburg, Deutschland

<http://www.ew-gmbh.de>

Peter Borowsky (1938–2000) war ein engagierter Geschichtsforscher und begeisterter Geschichtsvermittler. Mehr als 30 Jahre lehrte er am Historischen Seminar der Universität Hamburg Neuere Geschichte. Er prägte Generationen von Studierenden nachhaltig durch seine Kompetenz und seine Art, Geschichte lebendig zu vermitteln. Diese wird auch in den 14 Beiträgen zur deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert deutlich, die hier erstmals veröffentlicht werden. Die Themenpalette reicht von den Hohenzollern bis zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, umfasst die Studenten in der Revolution von 1848, Hamburger Geschichte im 19. Jahrhundert, die Entwicklung von der Weimarer Republik zum „Dritten Reich“, die deutschen Beziehungen zu osteuropäischen Staaten und den USA. Zwei Texte beschäftigen sich anschaulich mit der Geschichte der deutschen Geschichtswissenschaft und dem „Historikerstreit“.

Inhalt

I.	Vorwort der Herausgeber	7
II.	Geschichte der Geschichtswissenschaft	
1.	Deutsche Geschichtswissenschaft seit der Aufklärung (1978/79)	13
2.	Der Historikerstreit	63
	Wie geht die deutsche Geschichtswissenschaft mit der nationalsozialistischen Vergangenheit um? (1988)	
III.	Geschichte Hamburgs	
1.	Vertritt die „Bürgerschaft“ die Bürgerschaft?	89
	Verfassungs-, Bürger- und Wahlrecht in Hamburg von 1814 bis 1914 (1990)	
2.	Hamburg und der Freihafen	109
	Wirtschaft und Gesellschaft 1888–1914 (1987)	
IV.	Osteuropa	
1.	Zwischen Revisionismus und Realismus – die deutsche Politik gegenüber Polen 1919 bis 1933 (1986)	139
2.	Die deutsche Politik gegenüber den baltischen Staaten 1923 bis 1933	153
	Diplomatie im Spannungsfeld von Wirtschaftsinteressen und Minderheitenschutz (1991)	
3.	Die Ukraine – ein Nationalstaat?	173
	Systemveränderung und nationale Unabhängigkeit 1917 bis 1920 und heute (1994)	

V. 19. Jahrhundert

1. Studenten in der deutschen Revolution 1848 (1998) 187
2. Die Hohenzollern (1998) 201

VI. Von der Weimarer Republik zum „Dritten Reich“

1. Zwischen Volksheer und Reichswehr 217
Die Auseinandersetzungen über die deutsche
Wehrverfassung 1918/1919 (1992)
2. Wer wählte Hitler und warum? 235
Ein Bericht über neuere Analysen der Wahlergebnisse
1928 bis 1933 (1988)
3. **Zerstörung oder Zusammenbruch?** 255
Das Ende der Weimarer Republik 1929–1933 (1993)

VII. Bundesrepublik

1. Europa oder Amerika? 277
Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik
Deutschland und den USA seit dem deutsch-französischen
Vertrag vom 22. Januar 1963 (1993)
2. Die politische Kultur der Bundesrepublik
Deutschland 1966–1983 (1992) 295

VIII. Anhang

- Zeittafel Peter Borowsky 317
- Bibliographie Peter Borowsky 321
- Personenregister 325

Zerstörung oder Zusammenbruch?

Das Ende der Weimarer Republik 1929–1933*

Über das Ende der Weimarer Republik gibt es – vergleiche den Titel – durchaus unterschiedliche Ansichten. Ich beginne mit Zitaten aus zwei Handbüchern zur Geschichte der Weimarer Republik, die dies verdeutlichen.

Der Bruch der Großen Koalition 1930 veranlaßte Karl Dietrich Erdmann zu folgender These:

„Der Parlamentarismus der Weimarer Republik ist nicht von außen zu Fall gebracht worden. Er ging an sich selbst zugrunde, als die Flügelparteien der Großen Koalition nicht mehr die Kraft und den Willen aufbrachten, über den widerstreitenden Interessen der hinter ihnen stehenden Gruppen eine zum Kompromiß fähige undoktrinäre Staatsgesinnung zur Geltung zu bringen.“¹

Erdmann vertritt also die These vom Zusammenbruch, ja der Selbstaufgabe oder -auflösung der Weimarer Republik. Ein von ihm und Hagen Schulze 1979 herausgegebener Sammelband trägt den bezeichnenden Titel *Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie*. Ganz anders sieht Eberhard Kolb in seinem 1984 publizierten Werk *Die Weimarer Republik* deren Ende. Er behauptet, dass

„die Desintegration des politischen Systems seit 1930 keineswegs ein schicksalhafter Vorgang war. Vielmehr wurde dieser Prozeß 1929/1930 – also noch vor dem Scheitern der Großen Koalition und dem Durchbruch der NSDAP zur Massenbewegung – sehr bewußt und zielstrebig in Gang gesetzt und seit 1930 systematisch vorangetrieben mit der erklärten Absicht, durch Entmachtung des Parlaments und Ausschaltung der Sozialdemokratie aus der politischen Mitverantwortung und Mitgestaltung die parlamentarische

* Vortrag, gehalten am 15. Juni 1993 im Rahmen der von der Staatspolitischen Gesellschaft e. V., Hamburg, veranstalteten Vortragsreihe „Geschichte der Weimarer Republik“.

¹ Karl Dietrich Erdmann: *Die Weimarer Republik* (Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte 19). München 1980, 277.

Demokratie der Weimarer Republik in einen von den politischen Rechtskräften beherrschten autoritären Staat zu transformieren.“²

Wer hat nun recht?

Ich will in den folgenden 60 Minuten nachzeichnen, wie sich zwischen 1930 und 1933 die Macht in Deutschland verlagerte – nämlich weg vom Parlament und den Parteien hin zum Präsidenten, zur Bürokratie und zur Reichswehr – und wer für diese Verlagerung die Verantwortung trug. Ich werde mich daher auf die Personengruppe konzentrieren, in deren Händen Macht und Verantwortung lagen, aber ich will auch auf die Wähler eingehen, ohne deren Votum Demokratie nicht funktioniert. Ich beginne 1930 mit dem Bruch der Großen Koalition unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller. Denn das Ende der letzten parlamentarischen Regierung der Weimarer Republik stellt für die meisten Historiker den entscheidenden Wendepunkt in der Entwicklung der Republik – für manche den Anfang vom Ende – dar.

Anlaß für den Bruch der Großen Koalition war der Konflikt über die Sanierung der Arbeitslosenversicherung. Die Arbeitslosenversicherung war erst im Juli 1927 eingeführt worden. Die Eigenmittel der damals gegründeten „Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ waren so berechnet worden, daß durchschnittlich 800.000 Arbeitslose und in besonderen Krisenzeiten aus einem Notstock weitere 600.000 Arbeitslose unterstützt werden konnten.³ Sollten die Eigenmittel nicht ausreichen, mußte das Reich die Lücke durch zinslose Reichsdarlehen oder verlorene Zuschüsse decken. Als das Gesetz verabschiedet wurde, lag die Arbeitslosenquote mit 6,2 Prozent (= 1,3 Millionen Arbeitslose) ziemlich niedrig. Bereits im Winter 1928/29 stieg die Zahl der Arbeitslosen aber auf fast 3 Millionen. Das Reich mußte jetzt mit Darlehen einspringen, was angesichts der angespannten Finanzlage eine hochpolitische Entscheidung war.

Die Gewerkschaften wollten unter allen Umständen die Leistungen der Arbeitslosenversicherung aufrechterhalten und suchten die dafür nötige Deckung in einer Erhöhung der Beiträge von 3,5 auf 4 Prozent, d. h. in ei-

² Eberhard Kolb: Die Weimarer Republik (Oldenbourg Grundriß der Geschichte 16). München 1984, 123.

³ Ebd., 89.

ner Erhöhung um je ein Viertel Prozent für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Die Industrie lehnte diesen Vorschlag ebenso ab wie die Erhöhung der staatlichen Zuschüsse und schlug eine Senkung der Leistungen vor, um die Reichsanstalt zu sanieren. Die DVP lehnte auch ein einmaliges Notopfer der Festbesoldeten, auf das sich SPD, Zentrum und DDP geeinigt hatten, ab. In dieser Situation schlugen Zentrum und DDP einen von Heinrich Brüning vertretenen Kompromiß vor, der auf eine Verschiebung des Konflikts hinauslief: den Beitragssatz bei 3,5 Prozent zu belassen und durch einen Reichszuschuß von 140 Millionen Reichsmark der Reichsanstalt beizuspringen. Falls dies nicht ausreichte, sollten die Leistungen der Arbeitslosenversicherung gekürzt bzw. der Beitragssatz erhöht werden. Die DVP stimmte diesem Vorschlag zu, die Meinung der SPD-Kabinettsmitglieder war geteilt: Reichskanzler Müller, Innenminister Severing und Wirtschaftsminister Schmidt waren dafür, Arbeitsminister Wissell, hinter dem die Gewerkschaften standen, war dagegen. In der entscheidenden Fraktionssitzung setzte sich der Gewerkschaftsstandpunkt durch.⁴ Nach dem Nein der SPD-Fraktion beschloß das Kabinett am 27. März 1930 seine Demission.

Die SPD-Führung beging hier einen taktischen und strategischen Fehler. Denn einerseits trug sie nun nach außen hin die Verantwortung für das Scheitern der Großen Koalition, andererseits hatte sie kein Konzept, wie sie langfristig Politik machen wollte. Klar muß den SPD-Führern auch gewesen sein, daß die andere Seite entschlossen war, die Koalition platzen zu lassen. Denn die Große Koalition zerbrach nicht am Streit um Prozentbruchteile, sondern an einer sozialpolitischen Kernfrage. Für die SPD war klar, daß die führenden deutschen Wirtschaftsverbände und ihre parlamentarische Sprecherin, die DVP, nicht nur die Leistungen der Arbeitslosenversicherung verringern, sondern diese ganz abschaffen wollten. Ganz aus der Luft gegriffen waren solche Befürchtungen nicht: 1928 bereits hatte die Schwerindustrie im Ruhreisenstreit die Offensive gegen den Sozialstaat von Weimar eröffnet. Hinter der Aussperrung von 250.000 Arbeitern stand die Absicht, die Gewerkschaften dauerhaft zu schwächen, das System der staatlichen Zwangsschlichtung zu sprengen und damit die Staatsintervention in der Sozialpolitik auszuschalten.⁵

⁴ Erdmann (Anm. 1), 276 f.

⁵ Kolb (Anm. 2), 177.

Und noch entscheidender als die Arbeitslosenversicherung und die Absicht der Unternehmerverbände, dem Sozialstaat den Todesstoß zu versetzen, war die Tatsache, daß hinter den Kulissen seit Januar 1930 laut und deutlich von einem kommenden „Hindenburg-Kabinett“ die Rede war. Im Dezember 1929 erklärten General von Schleicher und Hindenburgs Staatssekretär Meißner dem Fraktionsführer des Zentrums Heinrich Brüning, der Reichspräsident sei unter keinen Umständen gewillt, nach Verabschiedung des Young-Plans das Kabinett Müller noch länger im Amt zu belassen. Im Januar 1930 charakterisierte die Umgebung des Reichspräsidenten das geplante „Hindenburg-Kabinett“ bereits als „antiparlamentarisch“ und „antimarxistisch“. Die neue Regierung sollte ohne Berücksichtigung der Mehrheitsverhältnisse im Reichstag und ohne Verhandlungen mit den Fraktionen gebildet werden; der Reichspräsident würde der neuen Regierung die Instrumente des Artikels 48 und der Reichstagsauflösung zur Verfügung stellen. Die Ausschaltung der Sozialdemokraten war also beschlossene Sache, noch ehe die Regierung der Großen Koalition am 27. März 1930 zerfiel.

Folgerichtig wurde nach dem Scheitern des Kabinetts der Großen Koalition, dem Hindenburg übrigens den Einsatz des Artikels 48 verweigert hatte, gar nicht erst der Versuch unternommen, eine parlamentarische Regierungsbildung vorzunehmen. Auf Vorschlag Schleichers beauftragte Hindenburg am 28. März 1930 Heinrich Brüning mit der Regierungsbildung. Brüning akzeptierte den Auftrag und die mit ihm verknüpften Bedingungen: Orientierung nach rechts und Ausschaltung der SPD, der weitaus stärksten Fraktion im Reichstag.

Brüning stellte sein Kabinett bereits am 30. März 1930 vor. Es war ein Minderheitenkabinett aus Politikern der bürgerlichen Parteien und vollständig vom Vertrauen des Reichspräsidenten abhängig. Brüning verfolgte – ganz im Sinne Hindenburgs – die Absicht, die Regierung durch parlamentarische Zusammenarbeit mit der DNVP zu stärken. Er ließ keinen Zweifel daran, daß er den Reichstag auflösen und Gesetze auf dem Weg der Notverordnung erlassen würde, sollte der Reichstag der Regierung das Mißtrauen aussprechen oder ihre Gesetzentwürfe ablehnen.⁶

Brünings Absicht war es, die Staatsfinanzen durch eine rigorose Deflationspolitik zu sanieren: Staatsausgaben sollten gekürzt, Steuern und Abga-

⁶ Ebd., 125.

ben erhöht und ein sogenanntes „Notopfer der Festbesoldeten“, d. h. Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst, eingeführt werden. Als die Regierung im Juli 1930 ihre Deckungsvorlage einbrachte, erlitt sie eine empfindliche Niederlage. Trotz Brüning's Drohen mit dem Artikel 48 lehnte der Reichstag am 16. Juli 1930 einen Teil der Deckungsvorlage mit 256 zu 193 Stimmen ab. Das Kabinett beschloß daraufhin, die gesamte Deckungsvorlage als Notverordnung in Kraft zu setzen. Dies war das erste Mal, daß ein vom Reichstag abgelehnter Gesetzentwurf in eine Notverordnung umgewandelt wurde – was übrigens die herrschende Rechtslehre für unzulässig hielt. Die Reichstagsfraktion der SPD beantragte unverzüglich eine Aufhebung dieser Notverordnung; und dieser Antrag fand am 18. Juli 1930 eine Mehrheit: Eine negative Allianz von 236 Abgeordneten (SPD, KPD, NSDAP und der größte Teil der DNVP-Abgeordneten) stimmte für die Aufhebung, 221 dagegen. Daraufhin verkündete Brüning die Auflösung des Reichstags, und die vom Reichstag aufgehobene Notverordnung wurde wenige Tage später in verschärfter Form erneut erlassen.⁷

Ich habe diese Vorgänge so ausführlich dargestellt, weil sie einmal zeigen, wie der Mechanismus der Notverordnungen funktionierte, und vor allem, weil mit dieser Entscheidung – ein vom Reichstag abgelehntes Gesetz als Notverordnung zu erlassen – der Weg in eine neue Verfassungswirklichkeit beschritten wurde. Weil der Reichstag von seinem verfassungsmäßig garantierten Recht Gebrauch gemacht hatte, wurde er vom Reichspräsidenten – sozusagen als Strafe – aufgelöst. Hier zeigte sich, daß der Artikel 48 in Kombination mit dem Recht des Reichspräsidenten, den Kanzler zu ernennen (Artikel 53) und den Reichstag aufzulösen (Artikel 25), zum Instrument einer Präsidialdiktatur werden konnte.⁸

Auf die Reichstags-Auflösung im Juli folgte die „Katastrophenwahl“ vom 14. September 1930. *Diese* Reichstagswahlen brachten einen politischen Erdbeben, wie es ihn in der Geschichte parlamentarischer Wahlen in Deutschland bis dahin nicht gegeben hatte. Die NSDAP erhielt 6,4 Millionen Stimmen – 1928 waren es gerade 800.000 gewesen – und einen prozentualen Anteil von 18,2 (gegenüber 2,6 Prozent 1928); sie steigerte die Zahl ihrer Reichstags-Abgeordneten von 12 auf 107 und wurde mit einem Schlag

⁷ Ebd., 126.

⁸ Erdmann (Anm. 1), 122 f.

die zweitstärkste Partei. Die NS-Führung hatte nur mit 40 bis 50 Mandaten, Brüning mit 80 bis 90 Sitzen für die NSDAP gerechnet. Nicht zu Unrecht bezeichnen manche Historiker die Septemberwahl von 1930 als ein Schicksalsdatum der neueren deutschen Geschichte, denn sie markiert den entscheidenden Durchbruch der nationalsozialistischen Bewegung. Die NSDAP und ihr Führer waren von nun an ein Faktor, mit dem die politische Führung des Reiches rechnen mußte.

Wer wählte die NSDAP?

Zeitgenössische Beobachter und lange Zeit auch viele Historiker waren der Meinung, die NSDAP sei in erster Linie von Angehörigen des Alten und Neuen Mittelstandes gewählt worden, also von Handwerkern, kleinen Geschäftsleuten, mittelständischen Bauern, Angestellten und Beamten (soweit sie nicht katholische Wähler des Zentrums und der BVP waren). Dagegen seien der obere Mittelstand und die Oberschicht ebenso wie die Arbeiterschaft gegenüber dem Nationalsozialismus weitgehend resistent gewesen. Nur bei arbeitslosen Arbeitern habe der Nationalsozialismus einigen Erfolg gehabt.

Neuere wahlsoziologische Forschungen zeigen aber, daß man die NSDAP-Wähler differenzierter sehen muß:

1. Fragt man nach dem *politischen Lager*, aus dem die NSDAP-Wähler kamen, so fällt auf, daß die NSDAP 1930, 1932 und 1933 stärker als jede andere Partei Wähler gewinnen konnte, die bei der jeweils vorausgehenden Wahl nicht abgestimmt hatten. Im September 1930 z. B. wurden rund 4 Millionen gültige Stimmen mehr abgegeben als 1928. Neben dem Lager der Nichtwähler gewann die NSDAP Wähler aus der DNVP, den bürgerlichen Mittelparteien, den Interessen- und Regionalparteien und zum Teil auch aus der SPD. Der größte Verlierer der Wahl von 1930 indes war die DNVP: Ihre Stimmzahl ging von 4,4 Millionen 1928 auf 2,46 Millionen zurück; statt 73 hatte sie nur noch 41 Mandate im Reichstag. Als völlig resistent gegenüber der NSDAP erwiesen sich die Anhänger des Zentrums, der BVP und der KPD.⁹

⁹ Kolb (Anm. 2), 210.

2. Untersucht man die *Sozialstruktur* der NSDAP-Wählerschaft, so stellen neuere Untersuchungen fest, daß die NSDAP sehr wohl auch in den Wohnvierteln der oberen Mittelschicht und der Oberschicht überdurchschnittlich gut abschnitt. Aber auch aus der Arbeiterschaft erhielt die NSDAP wesentlich mehr Stimmen, als man früher angenommen hat. Die NSDAP konnte vor allem dort Einbrüche in die Arbeiterschaft erzielen, wo freie Gewerkschaften und Arbeiterparteien bisher wenig Erfolg gehabt hatten, nämlich bei Landarbeitern, Heimarbeitern, unselbständigen Handwerkern, Arbeitern in kleinen Betrieben und kleinen Gemeinden sowie bei den Arbeitern einiger Zweige des öffentlichen Dienstes (Post, Eisenbahn, kommunale Betriebe). Dagegen blieb die Industriearbeiterschaft der Großbetriebe gegenüber der NSDAP nach wie vor immun.¹⁰
3. Entgegen der landläufigen Ansicht gelang es der NSDAP *nicht, die Mehrheit der Arbeitslosen zu gewinnen*. Die arbeitslosen Arbeiter – und das waren 1932/33 etwa ein Drittel aller Arbeiter – stimmten eher für die KPD und in geringerem Maße für die SPD als für die NSDAP. Lediglich bei den arbeitslosen Angestellten erzielte die NSDAP nennenswerte Stimmengewinne.¹¹

Warum wählten diese Menschen die NSDAP?

Diese Frage ist nicht eindeutig zu beantworten. Mögliche Motive waren die allgemeine wirtschaftliche und politische Unsicherheit, Angst vor der Zukunft („Panik im Mittelstand“), verletzter nationaler Stolz und nicht zuletzt eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien (heute würde man von Parteienverdrossenheit sprechen) und dem politischen System der Weimarer Republik im allgemeinen. Jedenfalls gelang es der NSDAP mit ihren Parolen von der Volksgemeinschaft und ihrem übersteigerten Nationalismus (Kampf gegen Versailles), Unzufriedene aus allen Schichten und Altersgruppen zu sammeln. Neben und nach dem Zentrum wurde sie so zu einer Volkspartei und gleichzeitig zu einer Protestpartei.

¹⁰ Ebd., 210 f.

¹¹ Ebd., 211.

Hitler hatte aus seiner Verachtung für die Republik nie einen Hehl gemacht, und seine Wähler nahmen billigend in Kauf oder wünschten sogar, daß die NSDAP die parlamentarische Demokratie in Deutschland abschaffen würde. Insofern trugen auch diese Wähler zur Zerstörung der Weimarer Republik bei. Dazu kamen jene 10,6 Prozent, die 1930 ihre Stimme der KPD gaben, denn auch diese Partei agitierte gegen die „bürgerlich-kapitalistische Republik“ von Weimar. Nach den Juli-Wahlen von 1932 hatte sich der Anteil der NSDAP-Wähler auf 37,2 Prozent, der der KPD-Wähler auf 14,3 Prozent gesteigert, das war eine Mehrheit von 51,5 Prozent gegen die Republik.

Dennoch verdient festgehalten zu werden: Hitler kam nicht durch Wahlen an die Macht, sondern durch die Entscheidungen einer kleinen Gruppe von Männern, die den Reichspräsidenten beeinflussten. Für diese Gruppe wäre Hitler freilich nie interessant geworden ohne die Wahlerfolge von 1930 bis 1932.

Im neuen Reichstag saßen nach den Septemberwahlen von 1930 107 NSDAP- und 77 KPD-Abgeordnete. Eine positive Mehrheit war nach keiner Seite mehr zu bilden, wohl aber eine negative. Daß Brüning politisch überlebte, hatte er der Haltung der SPD zu verdanken. Ihre Führung rang sich dazu durch, die Regierung Brüning zu tolerieren, d. h. sie unterstützte eingebrachte Mißtrauensanträge gegen die Regierung nicht, und ihre Abgeordneten verhinderten durch Stimmenthaltung, daß von der Regierung erlassene Notverordnungen im Reichstag zu Fall gebracht wurden.¹²

Warum hat die SPD-Führung Brüning toleriert? Ein Grund war die Rücksichtnahme auf die Regierungskoalition in Preußen, die aus SPD, Zentrum und DDP bestand. Hätte die SPD im Reichstag dazu beigetragen, die Regierung Brüning zu stürzen, wäre vermutlich das Zentrum aus der preußischen Koalition ausgeschieden, und die SPD hätte die wichtigste ihr noch verbliebene Machtbastion verloren.¹³ Darüber hinaus aber hatte die Parteiführung Sorge vor Neuwahlen, bei denen sie weitere Wähler zu verlieren fürchtete.

¹² Ebd., 127.

¹³ Ebd., 128.

Welche politischen Ziele verfolgte Brüning?

Über die Wirtschafts- und Sozialpolitik Brünings gibt es immer noch kontrovers geführte Diskussionen. Aber soviel dürfte klar sein: An oberster Stelle seiner Prioritätenliste stand nicht die Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise, sondern die „Befreiung“ des Reiches von der Last der Reparationen. Durch pünktliche Zahlung der Reparationen sollte Deutschlands Vertragstreue demonstriert, aber gleichzeitig der Nachweis erbracht werden, daß Deutschland die Reparationsverpflichtungen nicht länger erfüllen könne und die Reparationsschuld deshalb gestrichen werden müsse. Brüning war bereit, für dieses Ziel Massenarbeitslosigkeit und Verelendung breiter Bevölkerungsschichten, wie sie im Gefolge der Weltwirtschaftskrise auftraten, für ein paar Jahre in Kauf zu nehmen. So hat er im Sommer 1931 darauf verzichtet, die sich bietende Gelegenheit, mit Hilfe von Auslandskrediten den dringendsten Finanzierungsproblemen abzuhelfen, zu nutzen. Denn die Aufnahme dieser Kredite hätte die Regierung in ihrer außenpolitischen Aktionsfreiheit behindert.¹⁴

Aber Brünings Zielsetzung ging noch weiter. Seine Deflations- und Notverordnungspolitik verfolgte das Ziel, die Sozialausgaben zu verringern, den Einfluß der Gewerkschaften zu verringern, die SPD aus der politischen Mitbestimmung auszuschalten und das Parlament funktionslos zu machen. Sobald die Alliierten auf die Reparationen verzichtet hätten und das Wirtschaftstief durchschritten wäre, wollte Brüning, wie er in seinen 1970 erschienenen Memoiren enthüllte, eine tiefgreifende Verfassungsreform durchführen, die Hohenzollernmonarchie restaurieren und die Regierung Vertretern der Rechtsparteien überlassen.¹⁵ Diese Zielsetzungen widerlegen meines Erachtens eindeutig die These Werner Conzes, wonach das Kabinett Brüning als „Staat über den Parteien“ der letzte Versuch zur Rettung der Demokratie in Deutschland gewesen sei und erst die Entlassung Brünings „hundert Meter vor dem Ziel“ den eigentlichen „Dammbruch“ bedeutet habe.¹⁶ Ich halte es eher mit Karl Dietrich Bracher, den Brünings Memoiren in seiner Auffassung bestätigten, daß es beim Einsatz

¹⁴ Ebd., 129.

¹⁵ Ebd., 128.

¹⁶ Ebd., 200.

der Präsidialgewalt nicht mehr um die Rettung der Demokratie, sondern um die bewußte Planung eines parteien- und parlamentsunabhängigen Rechtsregimes und um die Ausschaltung des Einflusses der Sozialdemokraten gegangen sei. Brüning's Politik, so Bracher, „schwankte zwischen der Verteidigung einer bürokratischen Version des Rechtsstaates und der Vorbereitung der Diktatur [...]. Brüning war nicht [...] der letzte Kanzler *vor* der Auflösung der Weimarer Republik, er war der erste Kanzler im Prozeß dieser Auflösung der deutschen Demokratie.“¹⁷

Die seit Herbst 1930 mit Hilfe der SPD parlamentarisch tolerierte Präsidialregierung Brüning verstärkte den „stillen Verfassungswandel“ von der parlamentarischen Demokratie zum Präsidialsystem entscheidend. In den nun folgenden zwei Jahren der Ära Brüning ging die Zahl der Reichstags-sitzungen und der vom Reichstag erlassenen Gesetze dramatisch zurück, dagegen stieg die Zahl der Notverordnungen. Vom Bruch der Großen Koalition bis zum Ende des Jahres 1930 tagte der Reichstag 67mal, 1931 tagte er 42mal, und 1932 kam er nur noch 13mal zusammen. 1930 beschloß der Reichstag 98 Gesetze, 1931 nur noch 34 und 1932 ganze fünf. Im Jahre 1930 erließ der Reichspräsident fünf Notverordnungen, 1931 waren es 44 und 1932 66.¹⁸ Eine Folge dieses Wandels war, daß der Staatsapparat immer unabhängiger von der parlamentarischen Kontrolle wurde.

Die Streichung der Reparationen am 9. Juli 1932 in Lausanne hat Brüning nicht mehr im Amt erlebt. Am 29. Mai 1932, wenige Wochen vor der Eröffnung der Konferenz von Lausanne, war er entlassen worden. „Hundert Meter vor dem Ziel“, wie Brüning selbst immer wiederholte. Warum? Letzten Endes stürzte Brüning aus den gleichen Gründen, die zu seiner Ernennung geführt hatten: wegen seiner Abhängigkeit vom Vertrauen des Reichspräsidenten. Dieses Vertrauen hatte Brüning seit Beginn des Jahres 1932 verloren. Ursachen waren:

1. Die Reichspräsidentenwahl 1932: Hindenburg war unzufrieden mit Brüning, weil es diesem nicht gelungen war, eine Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch Volksabstimmung ohne Wahlkampf bzw. ein verfassungsänderndes Gesetz des Reichstags zu er-

¹⁷ Zitiert nach ebd., 202 (Hervorhebung im Original).

¹⁸ Ebd., 128.

reichen. Als der Wahlkampf dann begann, versagten ausgerechnet DNVP und Stahlhelm Hindenburg die Unterstützung, dagegen rief die SPD zur Wahl Hindenburgs auf. Hindenburg empfand diese Konstellation als Kampf in verkehrter Frontstellung – er wollte sein Amt nicht „Sozis und Katholen“, wie er sich ausdrückte, verdanken – und lastete dies Brüning an. Im ersten Wahlgang am 13. März 1932 verfehlte Hindenburg nur knapp die absolute Mehrheit (Hindenburg 49,6 Prozent, Hitler 30,1 Prozent, Thälmann 13,2 Prozent, Duesterberg 6,8 Prozent). Der zweite Wahlgang am 10. April 1932 nahm die Form eines Plebiszits zwischen Hindenburg und Hitler an. Hindenburg erreichte zwar 53 Prozent der Stimmen, aber Hitler gewann auch Stimmen hinzu und erhielt 36,8 Prozent. Thälmann verlor drei Prozent-Punkte gegenüber dem ersten Wahlgang. Man hat dieses Ergebnis immer wieder so interpretiert, daß beinahe zwei Drittel der deutschen Wähler sich 1932 gegen Hitler ausgesprochen haben. Das ist ohne Zweifel richtig. Aber die 53 Prozent für Hindenburg sind nicht gleichzusetzen mit einer Unterstützung der parlamentarischen Demokratie. Vieles spricht dafür, daß die meisten Hindenburg-Wähler ein autoritäres Präsidialregime befürworteten.

2. Nach Hindenburgs Wiederwahl verbot eine Notverordnung am 13. April 1932 SA und SS, die inzwischen auf eine halbe Million Mann angewachsen waren. Hindenburg gab seine Zustimmung nur widerwillig, denn er und seine Umgebung sahen die SA als national zuverlässige Truppe an und waren unzufrieden, daß ausgerechnet sie und nicht wenigstens auch das republikanische „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ verboten wurde.

Das SA-Verbot war nicht nur Anlaß für eine verstärkte Agitation der NSDAP gegen die Regierung Brüning, spätestens zu diesem Zeitpunkt setzten auch die Intrigen im inneren Kreis um den Reichspräsidenten ein, die zum Sturz Brünings führten. Drahtzieher hinter den Kulissen war General Kurt von Schleicher, seit 1929 Chef des Militärarnes im Reichswehrministerium. Schleicher verfolgte das Ziel, Brüning zu stürzen und durch eine Präsidialregierung zu ersetzen, die noch weiter rechts orientiert war. Ihm schwebte eine von der Reichswehr getragene Diktatur des Reichspräsidenten vor, in die als stützendes Element auch die NSDAP einbezogen werden sollte. Sein Konzept lief darauf hinaus, die NSDAP durch

Einbindung in die Regierungsverantwortung zu zähmen (man muß den „Wilddieb zum Förster machen“, lautete die Parole) und abzunutzen, dabei aber die SA als „wertvolles Element“ der NS-Bewegung für die Landesverteidigung und für eine geplante Wiederaufrüstung zu nutzen. Deshalb auch hatte ihm das SA-Verbot Brünings und Groeners mißfallen.¹⁹ Das erste Opfer von Schleichers Intrigen war sein Chef, der Reichsinnen- und -wehrminister General Groener, der am 12. Mai zurücktreten mußte. Ihm folgte am 30. Mai 1932 Heinrich Brüning. Sein Sturz war die Folge einer Hofintrige und nur möglich, weil Brüning voll und ganz vom Vertrauen des Reichspräsidenten abhängig war.

3. Anlaß für den Sturz Brünings waren Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kanzler und Hindenburg über die Ostsiedlung. Der Entwurf für eine Notverordnung sah die Zwangsentziehung nicht mehr entschuldungsfähiger großer Güter zum Zweck bäuerlicher Siedlung vor. Unter dem Einfluß seiner – neuen – Standesgenossen (siehe Gut Neudeck) lehnte Hindenburg diese Notverordnung ab und forderte am 29. Mai 1932 Brüning zum Rücktritt auf. Das Kabinett Brüning demissionierte am 30. Mai 1932. Der Sturz Brünings bedeutete den Übergang von der parlamentarisch tolerierten zur reinen Präsidialregierung.

Brünings Vizekanzler und Finanzminister Hermann Dietrich hat die Motive, die zum Sturz Brünings führten, schon wenige Tage danach sehr einleuchtend beschrieben:

„Die tieferen Gründe der Beseitigung Brünings liegen darin, daß eine Schicht, die vorher im Staat keinen entscheidenden Einfluß mehr hatte, nämlich das Alt-Preußentum, die Herrschaft wieder an sich zu nehmen gewillt ist. [...] Die ersten Versuche zur Ergreifung der Macht hat diese Bevölkerungsschicht schon zur Zeit der Regierungsbildung unter Brüning gemacht. Brüning sollte das Steuer nach rechts drehen. Diesen Rechtsabmarsch hat Brüning auch versucht, aber nicht fertiggebracht aus der Macht der Tatsa-

¹⁹ Ebd., 134.

chen heraus, und so ist er gefallen, weil er die Erwartungen der Herren enttäuscht hat.“²⁰

Bei der Auswahl des Nachfolgers von Brüning spielte General von Schleicher die entscheidende Rolle. Bereits am 8. Mai 1932 hatte Schleicher mit Hitler verhandelt und dabei folgende Absprache getroffen: Schleicher versprach, dafür zu sorgen, daß die Regierung Brüning entlassen, das SA-Verbot aufgehoben, der Reichstag aufgelöst und neugewählt würde, während Hitler zusagte, eine nationale Präsidialregierung tolerieren zu wollen. Schleicher hielt seinen Teil der Absprache: Kurz danach wurde Brüning gestürzt, das „Kabinett der Barone“ unter Franz von Papen berufen, das SA-Verbot aufgehoben, der Reichstag aufgelöst und Neuwahlen für den 31. Juli 1932 wurden angesetzt.²¹

Papen war, wie Schleicher einmal gesagt haben soll, zwar kein Kopf, aber ein Hut, unter dem in Wirklichkeit Schleicher regierte. Und so wurde am 20. Juli 1932, also kurze Zeit vor der Reichstagswahl, durch ein staatsstreichartiges Manöver die preußische Regierung Braun-Severing abgesetzt, die seit der preußischen Landtagswahl im April 1932 nur noch als geschäftsführende Regierung fungierte (Vorwand war übrigens der Altonaer „Blutsonntag“ vom 17. Juli). Der Reichskanzler übernahm das Amt des preußischen Ministerpräsidenten; für den Posten des Innenministers – dem die gesamte preußische Polizei unterstand – wurde ein Reichskommissar ernannt. Damit verlor die SPD ihre letzten Machtpositionen – insbesondere die Verfügungsgewalt über die preußische Polizei.

Trotzdem konnte sich die SPD-Führung nicht zu einem offenen Widerstand gegen diese Aktion aufraffen. Warum nicht? – Es schien verantwortungslos, die preußische Polizei und das Reichsbanner zu bewaffnetem Widerstand aufzurufen, da die Reichswehr zu einem militärischen Einsatz bereit und entschlossen war. Neuere Forschungen geben diesen Bedenken recht, denn sie können nachweisen, daß das „Bollwerk Preußen“ im Sommer 1932 bereits stark unterspült und insbesondere die Polizei von der NSDAP unterwandert war.

²⁰ Zitiert nach ebd., 132 f.

²¹ Ebd., 134.

Zu einem Generalstreik – der 1920 den Kapp-Putsch beendet hatte – bestand bei 6 Millionen Arbeitslosen keine weitverbreitete Bereitschaft. Außerdem war die Arbeiterbewegung durch den Kampf zwischen SPD und KPD zutiefst gespalten, an eine aktionsfähige Einheitsfront zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten war zu diesem Zeitpunkt nicht zu denken. Seit Jahren diffamierten die Kommunisten die Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ und bekämpften sie als „Hauptgegner“, gegen die der „Hauptschlag“ geführt werden müsse. Im Sommer 1931 hatte sich die KPD auf Weisung der Komintern sogar an dem von den Rechtsparteien initiierten Volksentscheid gegen die preußische Regierung beteiligt.²²

In der SPD-Basis, vor allem unter den jüngeren Mitgliedern, gab es durchaus eine Bereitschaft zum aktiven Widerstand gegen den Papen-Putsch; im Reichsbanner z. B. wartete man auf den Befehl zum Widerstand. Aber sie wurde von der Führung bitter enttäuscht. Historiker haben im nachhinein die SPD-Führung wegen ihres passiven und legalistischen Verhaltens heftig kritisiert. Nach Meinung von Karl Dietrich Bracher und Erich Matthias beispielsweise hätten SPD und Gewerkschaften wenigstens den Versuch zu aktivem Widerstand wagen müssen, um den Selbstbehauptungswillen der Demokraten zu demonstrieren, den neuen Machthabern den Weg zu erschweren und künftige Entwicklungen zu verzögern oder einzuschränken. Die Auswirkungen eines vollen Mißerfolgs – so die These – hätten nicht verheerender sein können als die politischen und psychologischen Folgen der Untätigkeit.²³

In der Tat haben die NS-Führer das passive Verhalten der SPD- und Gewerkschaftsführungen 1932 mit Erstaunen beobachtet und bei ihrem Vorgehen gegen die SPD und die Gewerkschaften 1933 berücksichtigt.

Ohne Zweifel bedeutete Papens Reichsexekution gegen Preußen eine wichtige Weichenstellung vom liberalen und demokratischen Rechtsstaat der Weimarer Republik zur totalitären Diktatur des „Dritten Reiches“, denn nach dem 20. Juli 1932 wurde die Politische Polizei zum Instrument eines autoritären und reaktionären Regimes.²⁴

²² Ebd., 135.

²³ Vgl. ebd., 206.

²⁴ Ebd., 207.

Bei der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 erzielte die NSDAP einen großen Wahlerfolg, errang aber nicht die absolute Mehrheit. Bei ungewöhnlich hoher Wahlbeteiligung (83,4 Prozent) gewann sie 13,8 Millionen Stimmen und 230 Mandate (von 608). Zentrum und BVP gewannen einige Mandate hinzu, die übrigen Parteien der bürgerlichen Mitte sowie die Interessenparteien wurden nahezu völlig aufgerieben. Die SPD konnte sich bei einem Verlust von zehn Mandaten (jetzt noch 133) verhältnismäßig gut behaupten, während sich die KPD von 77 auf 89 Mandate steigerte. NSDAP und KPD verfügten zusammen über mehr als die Hälfte der Mandate und konnten damit diesen Reichstag völlig lahmlegen.²⁵

Kurz nach der Reichstagswahl erklärte Hitler Schleicher, angesichts des Wahlergebnisses komme eine Tolerierung der Regierung Papen durch die NSDAP nicht mehr in Frage. Schleichers Vorschlag, Hitler solle selbst in das Kabinett Papen eintreten oder Männer seines Vertrauens in das Kabinett entsenden, lehnte Hitler kategorisch ab. Er forderte eine Neubildung der Regierung unter seiner Führung. Diese Forderung wiederholte Hitler in einer Unterredung mit Hindenburg am 13. August, erlebte hier aber eine glatte Abfuhr. Das offizielle Kommuniqué war eine öffentliche Demütigung Hitlers, denn der Reichspräsident lehnte die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler mit der Begründung ab, „daß er es vor seinem Gewissen und seinen Pflichten dem Vaterlande gegenüber nicht verantworten könne, die gesamte Regierungsgewalt ausschließlich der NS-Bewegung zu übertragen, die diese Macht einseitig anzuwenden gewillt sei“.²⁶ Damit war Hitlers Griff nach der Macht ebenso gescheitert wie Schleichers Absicht, die NSDAP in das von ihm geschaffene und dirigierte Kabinett Papen einzubinden.²⁷

An Gewicht gewonnen hatte jedoch das Zentrum, denn Zentrum und NSDAP zusammen besaßen im Reichstag eine Mehrheit. Gerüchte über eine mögliche Koalition der beiden Parteien machten die Runde, und mit den Stimmen des Zentrums wurde Hermann Göring am 30. August 1932 zum Reichstagspräsidenten gewählt. Hindenburg hielt jedoch an der Regierung Papen fest. Am 12. September 1932 bereitete der Reichstag dieser Regierung eine Niederlage, wie sie noch nie zuvor oder danach eine Regie-

²⁵ Ebd., 135.

²⁶ Erdmann (Anm. 1), 297.

²⁷ Kolb (Anm. 2), 135.

rung im Parlament erlitten hat: Mit 512 gegen 42 Stimmen sprach der Reichstag Papen das Mißtrauen aus. Nur die DNVP- und DVP-Abgeordneten hielten noch zu ihm. Die unmittelbare Antwort Papens und Hindenburgs auf diese Niederlage war die Auflösung des Reichstags und die Festsetzung von Neuwahlen auf den 6. November 1932.²⁸

Bei diesem fünften Wahlgang des Jahres 1932 – nach den Landtagswahlen in Preußen, den zwei Wahlgängen bei der Reichspräsidentenwahl und der Reichstagswahl vom Juli – büßte die NSDAP rund 2 Millionen Stimmen (= 4 Prozent) ein. Der Mythos vom unaufhaltsamen Vormarsch der Nationalsozialisten erlitt damit einen schweren Schlag. Doch mit 196 Abgeordneten stellte die NSDAP immer noch die weitaus stärkste Fraktion. Die SPD büßte erneut Stimmen ein, ebenso Zentrum, BVP und DDP (Staatspartei). Um einige Mandate verbesserten sich DVP, DNVP und erneut die Kommunisten (nunmehr bei 16,9 Prozent). Diese Zusammensetzung des Reichstags bot keine neuen Koalitionsmöglichkeiten. Und so konnte Papen, der nach wie vor das Vertrauen des Reichspräsidenten besaß, Reichskanzler bleiben, zumal er von der DNVP unterstützt wurde.

Trotz der Stimmenverluste forderte Hitler das Amt des Reichskanzlers für sich. Eine Gruppe von Wirtschaftsführern, angeführt vom ehemaligen Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht, unterstützte ihn in einer Eingabe an den Reichspräsidenten. Damit sind wir bei dem vieldiskutierten Verhältnis von NSDAP und Industrie.

Vor 1930 hielt sich das Interesse der Industrie an Hitler und seiner Partei in engen Grenzen. Wichtiger als Geldzahlungen war hier die moralische und politische Unterstützung, die die Partei durch das Bündnis Hitlers mit Hugenberg 1929 gegen den Young-Plan und durch die Harzburger Front 1931 erfuhr. Bis 1930 wurde der Finanzbedarf der NSDAP in hohem Maße durch Selbstfinanzierung (Mitgliedsbeiträge, Eintrittsgelder, Verkauf von Schriften), Spenden kleinerer Unternehmen und Privatpersonen sowie Spenden aus dem Ausland gedeckt. Nennenswerte finanzielle Unterstützung durch die Großindustrie erhielt die NSDAP erst nach dem Wahlerfolg von 1930.

Die Mehrzahl der deutschen Unternehmer stand der Weimarer Republik von Anfang an mit Skepsis und Ablehnung gegenüber. Seit der Jahreswende

²⁸ Ebd., 136.

1929/30 strebten die deutschen „Wirtschaftsführer“ ganz offen die Entmachtung des Reichstags und die Errichtung eines autoritären Regierungssystems an. Sie setzten dabei auf den Reichspräsidenten und die DNVP, seit den Wahlerfolgen der NSDAP 1932 aber verstärkt auf Hitler und seine Partei.

Hindenburg war nur unter der Bedingung bereit, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen, wenn dieser für seine Regierung eine parlamentarische Mehrheit gewinnen könnte. Das lehnte wiederum Hitler ab, denn er wollte Kanzler eines Präsidialkabinetts werden.²⁹

Dieser „Alles-oder-nichts-Kurs“ stieß in der NSDAP zunehmend auf Unbehagen. Gregor Strasser etwa hielt nach den Novemberwahlen eine Regierungsbeteiligung der NSDAP auch ohne Hitler als Reichskanzler für denkbar. In der Partei und in der SA mehrten sich Zeichen von Unruhe und Unzufriedenheit. Mitglieder und Wähler waren offensichtlich nicht mehr bereit, unbegrenzt lange auf die „Machtergreifung“ der NSDAP zu warten.³⁰

Aber nicht nur Hitler, auch Hindenburg steckte in einem Dilemma: NSDAP und KPD verfügten seit dem Juli 1932 im Reichstag über eine Sperrmajorität, d. h. sie konnten zusammen jederzeit dem Präsidialkabinettt das Mißtrauen aussprechen oder Notverordnungen des Präsidenten aufheben. Für jede Regierung, die den Reichstag ignorieren, sich aber gleichzeitig am Ruder halten wollte, blieb somit nur der Ausweg des Staatsnotstandes, d. h. Auflösung des Reichstags *ohne* Ausschreibung von Neuwahlen. Das wäre ein Verfassungsbruch gewesen, und den wollte Hindenburg nach Möglichkeit vermeiden.³¹

Papen, den Hindenburg im November erneut mit der Regierungsbildung beauftragt hatte, wollte notfalls mit Gewalt sein „Kampfprogramm“ durchsetzen und dabei sogar einen Bürgerkrieg riskieren, nämlich: Ausschaltung des widerstrebenden Reichstags, Unterdrückung aller Parteien und halbpolitischen Organisationen durch Reichswehr und Polizei, einschneidende Verfassungsreformen mit nachträglicher Billigung durch Volksabstimmung oder eine neu zu berufende Nationalversammlung. Für diesen Plan fand Papen jedoch nicht die Zustimmung Schleichers, der im neuen Kabinettt den Posten des Reichswehrministers innehatte. Schleicher sprach sich nach-

²⁹ Ebd.

³⁰ Ebd., 137.

³¹ Ebd.

drücklich gegen die Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes aus. Daraufhin entschloß sich Hindenburg schweren Herzens, Papen zu entlassen. Am 3. Dezember 1932 ernannte er Schleicher zum Reichskanzler.³²

Schleicher verfolgte zu diesem Zeitpunkt das sogenannte „Querfrontkonzept“: Er wollte die Gewerkschaftsmitglieder und Teile der NSDAP um Gregor Strasser für eine parlamentarische Unterstützung seiner Regierung gewinnen. Noch am nächsten Tag bot er Gregor Strasser das Amt des Vizekanzlers an. Strasser neigte durchaus dazu, das Angebot anzunehmen. Aber nach heftigen Auseinandersetzungen mit Hitler, der auf seinem „Alles-oder-nichts-Standpunkt“ beharrte, resignierte Strasser, legte alle Parteiämter nieder und fuhr in Urlaub. Damit war am 8. Dezember schon Schleichers „Querfrontkonzept“ gescheitert.³³

Ganz im Gegensatz zu den Erwartungen, die man im rechten Lager an Schleicher geknüpft hatte, verkündete der neue Reichskanzler in seiner Regierungserklärung ein Programm, das gleichermaßen Kritik am Kapitalismus wie am Sozialismus übte und in dem Satz gipfelte: Wir wollen Arbeit schaffen. Er verkündete Arbeitsbeschaffungsprogramme und Annäherung an die Gewerkschaften. Die Vertreter von Industrie und Großlandwirtschaft befürchteten, Schleicher könnte sich als Sozialist in Generalsuniform entpuppen. Alle, die am Konzept eines autoritären Staates festhielten, strebten nun ein Arrangement mit Hitler an. Nach dem Fiasko der Regierung von Papen und angesichts der von Schleicher eingeleiteten Politik der „Versöhnung“ mit den Gewerkschaften war klar, daß eine antidemokratische, antimarxistische Politik nur durchzusetzen war auf einer breiten Basis. Und diese konnte nur die NSDAP bieten.

Bekanntlich ging die erste Initiative der alten Elite zum Bündnis mit Hitler von Papen aus. Am 4. Januar 1933 traf er sich mit Hitler im Haus des Kölner Bankiers von Schröder zu einem Kontaktgespräch. Papen schwebte zunächst eine Koalition aus DNVP und NSDAP unter seiner eigenen Führung mit Hitler als Vizekanzler vor. Doch schließlich akzeptierte er Hitlers Führungsanspruch, an dem dieser zäh und unbeirrbar festhielt. Papen gelang es, den „in der Verfassung nicht vorgesehenen“ Sohn Hindenburgs und Staatssekretär Meißner für seine Pläne zu gewinnen. Zur gleichen Zeit

³² Ebd.

³³ Ebd., 138.

bestürmten die verschiedenen Interessenverbände den Reichspräsidenten mit der Forderung nach Ablösung Schleichers durch eine Regierung unter Beteiligung der Nationalsozialisten, allen voran der Reichslandbund, dann die Industrie, nicht zu vergessen auch Hochschullehrer der deutschen Universitäten. Schleicher erhielt nicht die von ihm benötigte Vollmacht zur Auflösung des Reichstags und trat daher am 28. Januar zurück. Am 30. Januar vereidigte Hindenburg das Kabinett Hitler, in dem drei Nationalsozialisten von neun Konservativen „eingerahmt“ wurden.³⁴

Die Einsetzung des Kabinetts Hitler war kein Staatsstreich; aber es war auch nicht die Übernahme der Regierungsverantwortung durch eine Koalitionsregierung, die über eine Mehrheit im Parlament verfügte. Das Kabinett Hitler war ein Präsidialkabinett wie alle seine Vorgänger seit 1930. Und doch unterschied diese Regierung etwas erheblich von den bisherigen Präsidialkabinetten: An der Spitze der Regierung stand nun ein Mann, der eine ihm bedingungslos ergebene dynamische Massenpartei sowie eine nach Hunderttausenden zählende paramilitärische Organisation hinter sich hatte und der nie einen Hehl daraus gemacht hatte, daß sein Ziel die Zerstörung der Republik, die Abschaffung der Demokratie, die brutale Unterdrückung und Verfolgung seiner politischen Gegner war.³⁵

Mußte die Weimarer Republik scheitern?

Und zwar scheitern mit der Konsequenz, daß die NSDAP und ihr „Führer“ an die Macht kommen mußten? Eine Antwort auf diese Frage ist nicht einfach, und es kann daher nicht verwundern, daß sehr unterschiedliche Antworten gegeben wurden und gegeben werden. Ich möchte es mit einigen Thesen versuchen:

1. Die erste deutsche Republik war seit ihrer Gründungsphase mit der fundamentalen Schwäche behaftet, daß die parlamentarische Demokratie nur von einer Minderheit der Bevölkerung wirklich akzeptiert und mit kämpferischem Engagement verteidigt wurde. Breite Bevölkerungsschichten verharrten in Distanz, Skepsis und offener

³⁴ Ebd., 139.

³⁵ Ebd., 140.

Ablehnung. Noch in der Gründungsphase organisierten sich auf der rechten und der linken Seite antidemokratische Kräfte zum Kampf gegen die Republik. Doch die Republik konnte die kritischen Anfangsjahre überleben, weil demokratisches Bürgertum und sozialdemokratische Arbeiterbewegung einen Kompromiß eingingen. Zu diesem Gründungskompromiß gehörte auch der Versuch, einen partnerschaftlichen Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit zu finden. Seit 1929 jedoch fällt auf, daß große Teile des Bürgertums und besonders der alten Führungseliten sich vom Weimarer Sozialstaat und damit vom Gründungskompromiß der Jahre 1918/19 abkehrten. Die Unternehmer kündigten den Grundkompromiß seit dem Ruhreisenstreit von 1928 schrittweise auf.

2. Mit dem Übergang von der parlamentarischen zur präsidentialen Regierungsweise 1930 wurde die Position der republiktreuen und staatsbejahenden Kräfte entscheidend geschwächt. Eingeleitet und vorangetrieben haben diesen Prozeß Hindenburg und seine persönlichen Berater (Oskar von Hindenburg, Papen, Staatssekretär Meißner) und die Reichswehrführung unter General von Schleicher. Begrüßt und unterstützt wurde die Einrichtung des Präsidentialregimes von den Deutschnationalen und Teilen der DVP sowie von den einflußreichen industriellen und agrarischen Interessenverbänden. Der Pressekonzern des DNVP-Vorsitzenden Alfred Hugenberg verbreitete in Massenaufgaben antirepublikanische und antidemokratische Propaganda. Schützenhilfe leisteten die Ideologen der „konservativen Revolution“ und nicht zuletzt die deutschen Hochschullehrer: Sie verbanden ihre Attacken auf Liberalismus, Demokratie und Parlamentarismus mit dem Ruf nach einer starken Führerfigur und einem autoritären Staat.³⁶
3. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise steigerten die sozialen Ängste der Bevölkerung ins Unermeßliche und zerrütteten die Loyalität breiter Bevölkerungsschichten gegenüber der Republik immer mehr, so daß die extrem demokratiefeindliche NSDAP jenen Auf-

³⁶ Ebd., 123.

trieb erhielt, der sie zur Massenbewegung machte und damit für die alten Eliten als Bündnispartner interessant werden ließ.

4. Aber trotz aller Erfolge bei der Massenmobilisierung war die NSDAP schließlich nur deshalb siegreich, weil die alten Eliten aus Großlandwirtschaft und Industrie, Militär und Großbürgertum entschlossen waren, die parlamentarische Demokratie zu zerstören, und glaubten, die nationalsozialistische Massenbewegung für ihre Zwecke, nämlich die Errichtung eines autoritären Staates nach dem Vorbild des Bismarck-Reiches, benutzen zu können. Gewiß: Sie erstrebten nicht eine totalitäre Diktatur, wie sie nach dem 30. Januar 1933 Wirklichkeit wurde, aber im Kampf gegen Demokratie, Parlamentarismus und organisierte Arbeiterschaft war für sie die NSDAP ein akzeptabler Bundesgenosse.
5. Objektiv war die nationalsozialistische „Machtergreifung“ auch nach dem Sommer 1932 noch vermeidbar. Doch berücksichtigt man die damals bestehenden politischen Frontstellungen, Zielsetzungen und das Kräfteverhältnis zwischen demokratischen und antidemokratischen Gruppen, dann bestand für die Entscheidungsträger rund um den Reichspräsidenten kaum noch eine Alternative zu Hitler. Ihr Wille, die demokratische Ordnung in Deutschland aufrechtzuerhalten, war nur schwach entwickelt oder nicht vorhanden. Hier dominierte im Gegenteil der Wille zur autoritären Umgestaltung von Staat und Gesellschaft. Und das reduzierte das Spektrum möglicher politischer Kombinationen so sehr, daß an einem Arrangement mit Hitler kaum noch vorbeizukommen war.
6. Bezeichnenderweise ging die alte Elite das Bündnis mit Hitler zu einem Zeitpunkt ein, als dieser beträchtliche Rückschläge hatte hinnehmen müssen und geschwächt erschien, während sich andererseits unter Schleicher eine Rückkehr der Arbeiterbewegung auf die politische Bühne anzubahnen schien. Um das zu verhindern, gingen Vertreter der alten Eliten den Pakt mit dem Nationalsozialismus ein. Das ideologische Fundament für diesen Pakt war die gemeinsame Frontstellung gegen die organisierten Arbeiterinteressen und die republikanische Ordnung.

Aus dem Gesagten werden Sie *mein* Fazit schon errahnen können. Gegen Karl Dietrich Erdmann und mit Eberhard Kolb bin ich der Ansicht: Die Weimarer Republik ist nicht an ihren Fehlern und Schwächen gescheitert, sondern sie ist zielbewußt von ihren Gegnern zerstört worden.

Freilich soll nicht verschwiegen werden, daß sich die demokratischen Parteien der Krisensituation keineswegs gewachsen zeigten. SPD- und Gewerkschaftsführung waren unbeweglich und konzeptionslos in der Wirtschafts- und Staatskrise, sie reagierten in der Preußen-Krise zu ängstlich. Das Zentrum entwickelte sich ab 1929 immer weiter nach rechts, Koalitionsabsprachen mit der NSDAP wurden prinzipiell nicht mehr ausgeschlossen. Diese Partei kam als Hüterin der Demokratie und der parlamentarischen Republik nicht mehr in Frage – wie auch das Verhalten der Zentrumsfraktion bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz im März 1933 noch einmal eindrucksvoll bestätigte. Die demokratische Mitte unterschätzte ebenso wie die KPD die Massenwirksamkeit des Nationalsozialismus und gab sich der Illusion hin, daß „der ganze Spuk“ bald vorüber sein würde.

Doch mit Eberhard Kolb bin ich der Meinung, daß die Kritik an der Schwäche jener, die aufgrund ihres Selbstverständnisses berufen und verpflichtet waren, den demokratischen Rechtsstaat und die parlamentarische Verfassung zu verteidigen, nicht auf derselben Ebene angesiedelt werden sollte wie die Kritik an denjenigen, die die Republik und die Demokratie in Deutschland zerstören wollten und denen dabei Erfolg beschieden war.